



BMUKN-Informationspapier vom 4. Juni 2025

UN-Ozeankonferenz in Nizza – Gemeinsam Meere schützen und naturverträglich nutzen

Worum geht es bei der dritten UN-Ozeankonferenz in Nizza?

Die dritte UN-Ozeankonferenz vom 9. bis 13. Juni 2025 in Nizza (UNOC 3) ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen sind eine zentrale Lebensgrundlage für Mensch und Natur rund um den Globus. Gesunde Meere liefern Nahrung und sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor: für Fischerei, Tourismus und Welthandel. Gleichzeitig bilden sie das größte zusammenhängende Ökosystem der Erde. Als solches regulieren sie das Weltklima, speichern große Mengen an Kohlenstoff und sind damit ein wichtiger Verbündeter bei der Bekämpfung des Klimawandels.

Weltweit sind die Meere jedoch in einem schlechten Zustand. Ihre natürlichen Funktionen sind durch Plastikmüll, Überfischung, den Eintrag von Chemikalien und die Auswirkungen des Klimawandels massiv eingeschränkt. Auch unsere deutschen Meere, Nord- und Ostsee, sind stark belastet.

Die Staatengemeinschaft arbeitet deshalb zum einen gemeinsam daran, effektive Meeresschutzgebiete einzurichten, um Pflanzen und Tieren einen Rückzugs- und Erholungsraum zu geben. Zum anderen müssen die vielfältigen Nutzungen umwelt- und naturverträglicher werden. Den Abschluss der Beratungen zwischen den UN-Staaten, Meeresakteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft soll eine handlungsorientierte Erklärung – der „Meeresaktionsplan von Nizza“ – bilden, in der die Staaten ihren jeweiligen Beitrag zur Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels festlegen (Liste der freiwilligen Selbstverpflichtungen der Staaten).

Wie sieht der deutsche Beitrag zur UN-Ozeankonferenz aus?

Bundesumweltminister Carsten Schneider wird die deutsche Delegation leiten. Die Bundesregierung misst dem Schutz der Meere einen hohen Stellenwert bei und setzt sich in

Nizza mit einer ambitionierten Agenda für saubere, gesunde und lebendige Meere ein. Gleichzeitig wird sich die Bundesregierung auf der UN-Ozeankonferenz in Nizza deutlich für wirksamen Meeresschutz auf internationaler Ebene einsetzen und sich auf wichtige, bereits laufende multilaterale Prozesse für den Meeresschutz fokussieren.

1. Unterstützung wichtiger internationaler Prozesse im Meeresschutz

Meere kennen keine nationalen Grenzen – weder ihre weiten Lebensräume noch die Belastungen, die auf sie einwirken. Daher sind die intensive multilaterale Zusammenarbeit und Abstimmung für einen wirksamen Meeresschutz entscheidend. In den vergangenen Jahren konnte im internationalen Meeresschutz bereits viel erreicht werden. Doch der Zustand der Meere ist infolge jahrzehntelanger Übernutzung und Verschmutzung weiterhin besorgniserregend. Deshalb ist es wichtig, die Erfolge der letzten Jahre fortzuschreiben:

- **Der Schutz der Hohen See – das BBNJ Abkommen**

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich bereits 2023 auf ein UN-Hochseeschutzabkommen (BBNJ – für Biodiversity Beyond National Jurisdiction) geeinigt - ein historischer Schritt für den internationalen Meeresschutz. Bis dahin gab es kaum gemeinsame Umweltregeln für die Hohe See, die fast die Hälfte unseres Planeten bedeckt. Das Abkommen schließt diese Lücke. Künftig können weltweit anerkannte Schutzgebiete ausgewiesen werden, um das Ziel des Montrealer Weltnaturschutzabkommens umzusetzen, bis 2030 mindestens 30 Prozent der Weltmeere wirksam zu schützen.

Auf der UN-Ozeankonferenz in Nizza wird die Umsetzung des BBNJ-Abkommens vorbereitet. Es kann in Kraft treten, sobald es mindestens 60 Staaten verbindlich angenommen haben (Ratifizierung). Innerhalb der Bundesregierung laufen die Vorbereitungen für die zwei für die Ratifizierung erforderlichen Gesetze mit Hochdruck.

Deutschland ist Pionier und einer der größten Unterstützer für die Umsetzung des Abkommens, u.a. als einer der größten Geber für die Verhandlungsteilnahme von Delegierten aus Ländern des Globalen Südens. Auch auf der UN-Ozeankonferenz wird Deutschland Partnerländer im globalen Süden bei der Ausweisung von Meeresschutzgebieten unterstützen und hierfür mit dem IKI-Programm (Internationale Klimaschutzinitiative) „Living High Seas“ 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Außerdem engagiert sich Deutschland in einer Reihe von Initiativen progressiver Länder, u.a. der „BBNJ High Ambition Coalition“, ins Leben gerufen von der EU-Kommission und auf ein schnelles Inkrafttreten und eine ambitionierte Umsetzung des BBNJ-Abkommens ausgerichtet, sowie der „First Movers“.

- **Weniger Müll in unseren Meeren – ein globales Plastikabkommen**

Plastikmüll verschmutzt unsere Meere und gefährdet Meerestiere, in der Form von Mikroplastik kann er sogar ins Trinkwasser oder in die Nahrung gelangen. Plastik ist damit geeignet, auch die Gesundheit der Menschen zu bedrohen, und es verstärkt die Klimakrise.

Derzeit berät die internationale Staatengemeinschaft ein globales Abkommen gegen Plastikmüll im Meer. Das Abkommen würde erstmals alle Staaten binden, die Vermüllung von Meeren und Umwelt zu beenden. Es schafft damit die Grundlagen für eine gesunde und saubere Umwelt, für uns und die kommenden Generationen.

Nachdem die Verhandlungen im südkoreanischen Busan Ende vergangenen Jahres nicht abgeschlossen wurden, werden sie im August in Genf fortgeführt. Das Bundesumwelt- und Klimaschutzministerium (BMUKN) setzt sich weiterhin intensiv für einen erfolgreichen Abschluss und ein ambitioniertes Abkommen ein.

- **Tiefseebergbau**

Der Druck zur Rohstoffnutzung in der internationalen Tiefsee wächst. Deshalb müssen in den kommenden Jahren strenge Umweltstandards im internationalen Seerecht verhandelt werden. Noch wissen wir zu wenig über die Ökosysteme der Tiefsee – über ihre hochempfindlichen und extrem langsam regenerierenden Arten und Lebensräume.

Klar ist aber, dass die Tiefsee eine enorme biologische Vielfalt birgt und auch für das Weltklima wichtig ist, da in ihren Sedimenten große Mengen Kohlendioxid gebunden werden. Daher setzt sich Deutschland, gemeinsam mit über 30 anderen Staaten für eine strenge Umsetzung des Vorsorgeansatzes ein und wirbt für eine „vorsorgliche Pause“ im Tiefseebergbau.

2. Meeresaktionsplan von Nizza - Beispiele für Maßnahmen der Bundesregierung:

Auf der UN-Ozeankonferenz werden die UN-Staaten und Meeresakteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft außerdem beraten, wie sich die Meeresschutzziele bis 2030 erreichen lassen. Die Staaten sind aufgerufen, in Nizza ihre Beiträge zu einem wirksamen Meeresschutz zu präsentieren (Liste der freiwilligen Selbstverpflichtungen). Das BMUKN wird insbesondere folgende Maßnahmen vorstellen:

- **Der Meeresnaturschutzfonds bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)**

Mit einer Zustiftung von 400 Millionen Euro an die DBU aus den Versteigerungen von Offshore-Windenergieflächen hat die Bundesregierung gemeinsam mit der DBU 2024 einen

neuen, innovativen Meeresnaturschutzfonds eingerichtet. Die zweckgebundenen Gelder sind ein zentraler Baustein für den deutschen Meeresschutz, um die Folgen der intensiven Meeresnutzung langfristig abzufedern und dauerhaft Maßnahmen des Meeresnaturschutzes zu finanzieren. Aus den jährlich etwa 10 Millionen Euro prognostizierten Erträgen sollen dauerhaft und unbefristet insbesondere Projekte für den marinen Arten- und Lebensraumschutz sowie naturverträglicher Ausbau der Offshore Windenergie finanziert werden.

- **Bergung von Munitionsaltlasten in der deutschen Nord- und Ostsee**

Munitionsaltlasten aus den beiden Weltkriegen stellen für unsere Meere eine große Belastung dar. Allein in der deutschen Nordsee und Ostsee liegen über 1,6 Millionen Tonnen, aber auch in den europäischen Meeren und weltweit finden sich große Mengen verklappter Altmunition. Das Risiko für die Meeresumwelt, die Fischerei, Schifffahrt und Tourismus durch rostende Munition in den Meeren kann verringert werden, indem gemeinsam an Lösungen für Munitionsbergung gearbeitet wird. Mit dem Sofortprogramm Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee der Bundesregierung, das auf die Bergung und Entsorgung von Munitionsaltlasten zielt und mit Mitteln in Höhe von 100 Millionen Euro ausgestattet ist, wurde weltweit erstmals überhaupt eine umfassende Initiative gestartet, um alte, hochgiftige Munition vorsorglich aus dem Meer zu räumen. Auch die Vergabe für den Bau einer schwimmenden Entsorgungsplattform für die Vernichtung im industriellen Maßstab ab 2027 wurde eingeleitet.

- **Meere und Küsten im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK)**

Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) werden Ökosysteme an Land und im Meer gestärkt. Damit leistet es gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise. Um die Widerstandskraft der Meere in der Klimakrise zu stärken und die natürliche CO₂-Speicherfähigkeit der Ökosysteme in den deutschen Meeren zu verbessern, fördert die Bundesregierung im ANK umfangreiche Maßnahmen zum Erhalt und zur Wiederherstellung von Salzmarschen, Seegraswiesen und Algenwäldern. Das Handlungsfeld Meere und Küsten mit einer Laufzeit von 2024 bis ins Jahr 2031 ist mit etwa 96 Millionen Euro ausgestattet.

- **Stärkung der Meeresschutzgebiete in Nord- und Ostsee**

In den sechs Meeresschutzgebieten der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nord- und Ostsee, in denen eine Reihe von Beschränkungen bereits länger gelten, konnten 2023 in der Nordsee auch erstmals wichtige Fischereibeschränkungen umgesetzt werden, darunter auch auf der Amrumbank vor der Insel Sylt, wo jegliche Fischerei

ausgeschlossen ist. In der Ostsee folgte 2024 ein umfassendes Verbot der Fischerei mit mobilen grundberührenden Fanggeräten, wie zum Beispiel Grundschieppnetzen, in großen Teilen der Schutzgebiete. Zusammen mit den Schutzgebieten an den deutschen Küsten decken diese einen großen Teil der deutschen Meere, insgesamt etwa 45 Prozent der Fläche ab. Meeresschutzgebiete schaffen damit Rückzugs- und Ruheräume für bedrohte Arten und Lebensräume und schützen vor durch Menschen verursachte Störungen.

- **Gegen die Vermüllung der Meere**

Neben dem Einsatz für ein globales Plastikabkommen (siehe oben) fördert das BMUKN gezielt Projekte in Ländern des globalen Südens, um an den wesentlichen Entstehungsquellen den Eintrag von Müll in die Weltmeere zu verringern. Unterstützt werden so etwa innovative Lösungen, die direkt am Anfang der Wertschöpfungskette ansetzen, damit Plastikmüll erst gar nicht entsteht.

Weiterführende Informationen:

- UN-Ozeankonferenz <https://sdgs.un.org/conferences/ocean2025>
- Meeresschutz <https://www.bundesumweltministerium.de/WS654>
- UN-Hochseeschutzabkommen <https://www.bundesumweltministerium.de/WS6837>
- Plastikmüll im Meer <https://www.bundesumweltministerium.de/FG33>
- Munitionsaltlasten im Meer <https://www.bundesumweltministerium.de/WS7285>
- Meere als Klimaschützer (Video) <https://www.bundesumweltministerium.de/MD2127>